

E i n l a d u n g

Gremium: Rat - öffentlich
Sitzungstermin: Dienstag, 06.12.2011, 17:00 Uhr
Ort, Raum: Dorfkrug Hankhausen, Loyer Weg 91, 26180 Rastede

Rastede, den 24.11.2011

1. An die Mitglieder des Rates der Gemeinde Rastede

Hiermit lade ich Sie zu einer Sitzung mit öffentlichen Tagesordnungspunkten ein.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- | | | |
|--------------|---|--|
| TOP 1 | Eröffnung der Sitzung | |
| TOP 2 | Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung | |
| TOP 3 | Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 09.11.2011 | |
| TOP 4 | Ernennung eines ausgeschiedenen Ratsmitgliedes zum Ehrenbürgermeister
Vorlage: 2011/204 | Berichterstatter: Bürgermeister von Essen |
| TOP 5 | Ernennung eines ausgeschiedenen Ratsmitgliedes zum Ehrenratsmitglied
Vorlage: 2011/203 | Berichterstatter: Bürgermeister von Essen |
| TOP 6 | Berufung stimmberechtigter Mitglieder in den Schulausschuss
Vorlage: 2011/196 | Berichterstatter: Bürgermeister von Essen |
| TOP 7 | Erlass der Hauptsatzung
Vorlage: 2011/209 | Berichterstatter: Bürgermeister von Essen |
| TOP 8 | Erhebung von Marktstandgeldern für die öffentliche Einrichtung "Wochenmarkt"
Vorlage: 2011/169 | Berichterstatter: Herr Langhorst |
| TOP 9 | Festsetzung des Gebührensatzes für die öffentliche Einrichtung "Straßenreinigung"
Vorlage: 2011/170 | Berichterstatter: Herr Langhorst |

- Anmerkung: Nach der öffentlichen Ratssitzung findet eine Einwohnerfragestunde statt, in der die Bürgerinnen und Bürger allgemeine Anfragen an den Bürgermeister stellen können.

Seite 2 von 2

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2011/204

freigegeben am 21.11.2011

Stab

Sachbearbeiter/in: Herr Ralf Kobbe

Datum: 21.11.2011

Ernennung eines ausgeschiedenen Ratsmitgliedes zum Ehrenbürgermeister

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
N	06.12.2011	Verwaltungsausschuss
Ö	06.12.2011	Rat

Beschlussvorschlag:

Herrn Dieter Decker wird die Bezeichnung „Ehrenbürgermeister“ verliehen.

Sach- und Rechtslage:

Mit Beendigung der Wahlperiode am 31.10.2011 ist Herr Dieter Decker aus dem Gemeinderat der Gemeinde Rastede und als hauptamtlicher Bürgermeister ausgeschieden.

Insgesamt hat Herr Decker von 1972 bis 2011, also insgesamt 39 Jahre, im Rat der Gemeinde Rastede mitgewirkt. Hiervon war er alleine 35 Jahre (7 Wahlperioden) Mitglied im Verwaltungsausschuss und über 21 Jahre ehrenamtlicher beziehungsweise hauptamtlicher Bürgermeister. Außerdem war Herr Decker vom 1976 bis 1990 zweiter stellvertretender Bürgermeister.

Weitere kommunalpolitische Stationen von Herrn Decker sind die langjährigen Mitgliedschaften im Bauausschuss (1972 – 1986; von 1972 – 1976 Vorsitzender), im Finanz- und Steuerausschuss (Vorsitzender von 1976 – 1981) sowie im Jugend- und Sportausschuss (1972 – 1976).

Herr Decker hat sich darüber hinaus neun Jahre (1994 – 2003) im Niedersächsischen Landtag sowie von 1972 bis zu seinem Amtsantritt als hauptamtlicher Bürgermeister im Jahr 2003 über insgesamt 31 Jahre im Ammerländer Kreistag beispielhaft für die Gemeinde Rastede eingesetzt.

Angesichts der Verdienste, die sich Herr Decker in seiner ehrenamtlichen aber auch in seiner hauptamtlichen Tätigkeit als Bürgermeister, Landtagsabgeordneter, Rats- und Kreistagsmitglied erworben hat, wird deshalb angeregt, ihm die Bezeichnung „Ehrenbürgermeister“ zu verleihen.

Im Hinblick auf die sehr lange Tätigkeit als Bürgermeister und stv. Bürgermeister von 1976 bis 2011 (35 Jahre) ist aus Sicht der Verwaltung die Ehrenbezeichnung „Ehrenbürgermeister“, die erstmals an einen verdienten Bürger der Gemeinde Rastede vergeben würde, durchaus angemessen.

Soweit dem Antrag zugestimmt werden würde, sollte die Verleihung im Rahmen der Rats-sitzung am 06.12.2011 erfolgen.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

Anlagen:

Keine.

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2011/203

freigegeben am 21.11.2011

Stab

Sachbearbeiter/in: Herr Ralf Kobbe

Datum: 21.11.2011

Ernennung eines ausgeschiedenen Ratsmitgliedes zum Ehrenratsmitglied

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
N	06.12.2011	Verwaltungsausschuss
Ö	06.12.2011	Rat

Beschlussvorschlag:

Herrn Hans-Gerold Finkeisen wird die Bezeichnung „Ehrenratsmitglied“ verliehen.

Sach- und Rechtslage:

Mit Beendigung der Wahlperiode am 31.10.2011 ist Herr Hans-Gerold Finkeisen aus dem Gemeinderat der Gemeinde Rastede ausgeschieden.

Insgesamt hat Herr Finkeisen von 1981 bis 2011, also insgesamt 30 Jahre, im Rat der Gemeinde Rastede mitgewirkt. Hiervon war er alleine 15 Jahre Mitglied im Verwaltungsausschuss. Außerdem war er von 1990 bis 2006 Vorsitzender der CDU-Fraktion.

Weitere Stationen von Herrn Finkeisen sind die langjährigen Mitgliedschaften im Straßen- und Verkehrsausschuss (1981 – 1991), im Schulausschuss (1991 – 1996) sowie im Finanz- und Wirtschaftsausschuss (1981 – 2011), den er 30 Jahre als Vorsitzender leitete.

Angesichts der Verdienste, die sich Herr Finkeisen in seiner Tätigkeit als Ratsmitglied erworben hat, wird deshalb angeregt, ihm die Bezeichnung "Ehrenratsmitglied" zu verleihen.

Soweit dem Antrag zugestimmt werden würde, sollte die Verleihung im Rahmen der Rats-sitzung am 06.12.2011 erfolgen.

Im Hinblick auf die bisherigen Verleihungen der Bezeichnung "Ehrenratsmitglied" würde der Rat seine Tradition fortsetzen. Auch die bisher mit dem Titel „Ehrenratsmitglied“ ausgezeichneten Ratsmitglieder (Herr Schlange, Frau von Essen, Herr Meister und Herr Brötje) haben sich durch eine über zwanzigjährige Mitgliedschaft im Rat sowie eine lang andauernde, mindestens fünfzehnjährige Berufung in den Verwaltungsausschuss und / oder eine besondere Funktionsübernahme (Bürgermeister / stellv. Bürgermeister / Fraktionsvorsitzender) ausgezeichnet.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

Anlagen:

Keine.

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2011/196

freigegeben am 14.11.2011

GB 2

Sachbearbeiter/in: Claudia Menze

Datum: 14.11.2011

Berufung stimmberechtigter Mitglieder in den Schulausschuss

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	06.12.2011	Rat

Beschlussvorschlag:

1. Als Elternvertreter wird Herr Andre Hespe, wohnhaft Eichendorffstraße 19 in Rastede als stimmberechtigtes Mitglied in den Schulausschuss berufen.

Frau Manuela Meyer, wohnhaft Nethener Weg 12 in Rastede wird als stellvertretende Elternvertreterin in den Schulausschuss berufen.

2. Als stimmberechtigte/r Vertreterin/Vertreter der Lehrkräfte wird
wohnhaft in den Schulausschuss berufen.

Als stellvertretende/r Vertreterin/Vertreter der Lehrkräfte wird
wohnhaft in den Schulausschuss berufen.

Sach- und Rechtslage:

In der konstituierenden Ratssitzung am 9.11.2011 wurde der Schulausschuss gebildet und gemäß § 110 des Niedersächsischen Schulgesetzes entschieden, dass je ein Vertreter der Lehrer, der Eltern und der Schüler als stimmberechtigte Mitglieder zu benennen sind.

Schülervvertretung

Als Schülervvertreterin wurde Frau Eva Keding und als stellv. Schülervvertreter Herr Nils Dußler bereits in der konstituierenden Ratssitzung berufen.

Elternvertretung

Der Gemeindeelternrat hat als stimmberechtigten Vertreter im Schulausschuss Herrn Andre Hespe und als seine Vertreterin Frau Manuela Meyer benannt.

Lehrerververtretung

Die Schulpersonalvertretungen aller Rasteder Schulen wurden aufgefordert, ein stimmberechtigtes Mitglied und eine/n Vertreterin/Vertreter zu benennen. Ein Vorschlag stand bis zur Vorlagenerstellung noch aus. Die Namen des/r Vertreters/Vertreterin der Lehrer im Schulausschuss nebst Stellvertreter/in werden innerhalb der Sitzung bekannt gegeben.

Die Vorschläge des Gemeindeelternrates und der Schulpersonalvertretungen sind für den Schulträger gemäß § 110 Niedersächsisches Schulgesetz bindend.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

Anlagen:

Keine.

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2011/209

freigegeben am 22.11.2011

Stab

Sachbearbeiter/in: Herr Matthias Wolf

Datum: 22.11.2011

Erlass der Hauptsatzung

Beratungsfolge:

Status

N

Ö

Datum

Gremium

Verwaltungsausschuss

Rat

Beschlussvorschlag:

Die der Vorlage 2011/209 als Anlage 2 beigelegte Hauptsatzung wird beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Zum 01.11.2011 sind die Regelungen der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) durch die Vorschriften des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) abgelöst worden. Das neue Kommunalverfassungsrecht berücksichtigt im überwiegenden Maße rechtssystematische Neuordnungen, die in Teilen durch veränderte Rechtsbegriffe und Formulierungen zum Ausdruck kommen.

Diesem Umstand folgend bedurfte es bei der Ausarbeitung einer neuen Hauptsatzung / Geschäftsordnung in vergleichender Betrachtung zu der derzeit bestehenden Regelung entsprechender Anpassungen, die gleichwohl mehr redaktioneller als materiell-rechtlicher Art sind.

Ausweislich ist auf § 4 der zurzeit gültigen Hauptsatzung einzugehen, die die Teilnahme sämtlicher Ratsmitglieder an den Sitzungen des Verwaltungsausschusses als Zuhörer gestattet. Der Neuentwurf der Hauptsatzung weist eine dementsprechende Regelung nicht aus, da dieses Recht den Ratsmitgliedern nunmehr ausdrücklich durch § 78 Abs. 2 Satz 2 NKomVG eingeräumt wird.

Weiterhin sind gemäß § 34 Satz 5 NKomVG in der Hauptsatzung Regelungen über das Verfahren hinsichtlich der Behandlung von Anregungen und Beschwerden zu treffen. Dies ist in § 5 des Satzungsentwurfes, der eine geordnete Verfahrensweise unter angemessener Berücksichtigung der berechtigten Interessenlagen der die Anregung bzw. die Beschwerde vortragenden Personen wahrt, eingeflossen.

Die Aufnahme einer die Einwohnerversammlung regelnden Vorschrift (§ 7 der Hauptsatzung) folgt der Vorgabe des § 85 Abs. 5 Satz 5 NKomVG, durch Hauptsatzungsregelung (kurze) Konkretisierungshinweise aufzunehmen.

Das neue Kommunalverfassungsrecht lässt erstmals die Verkündung von Rechtsvorschriften und sonstigen öffentlichen Bekanntmachungen durch Nutzung des Mediums Internet zu. Diese Möglichkeit der Verkündung berücksichtigt § 6 des Hauptsatzungsentwurfes.

Der Landesgesetzgeber hat sich bei der Schaffung dieser Verkündungsform von der Feststellung leiten lassen, dass gerade eine vorgesehene Internetverkündung den Bürgerinnen und Bürgern eine zumutbare Möglichkeit bietet, sich insbesondere über Satzungen ihrer Kommune zu informieren. Entsprechendes gilt für den Vergleich zwischen einer Verkündung im Internet und in örtlichen Tageszeitungen. Lt. Auswertung des Landesgesetzgebers haben 60% aller Haushalte eine Tageszeitung abonniert, 75% aller Haushalte hingegen verfügen über einen Internetanschluss. Auch unter Berücksichtigung einzeln erworbener Tageszeitungen und der Lektüre über Dritte kann daher davon ausgegangen werden, dass die Informationsmöglichkeit durch das Internet heute schon ähnlich weit verbreitet ist wie durch örtliche Tageszeitungen. Davon ausgehend, dass bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Ladungen und Übermittlungen von Beratungs- und Beschlussvorgängen sämtliche Rats- und Ausschusssitzungen betreffend über das Ratsinformationssystem Session elektronisch abgewickelt werden, stellt dieser Schritt eine konsequente Fortschreibung des bisherigen von allen Beteiligten befürworteten Weges dar, technisch sinnvolle Innovationen nutzbar zu machen und zu implementieren. Im Übrigen erfordert die Verkündung durch das Internet weiterhin einen kurz gehaltenen Hinweis in der Tageszeitung, sodass in vollumfänglicher Hinsicht ein transparenter Informationsfluss interessierten Bürgerinnen und Bürgern gegenüber sichergestellt wird.

In der Anlage ist der Entwurf der Hauptsatzung beigelegt.

Finanzielle Auswirkungen:

Nicht näher quantifizierbare Einsparungen werden sich durch die Verkündung via Internet ergeben, weil im gleichen Zuge die Notwendigkeit gemeindeseitig zu veranlassender Inserate in der Tageszeitung bzw. im Amtsblatt abnehmen.

Anlagen:

Anlage 1 - zurzeit gültige Hauptsatzung

Anlage 2 - neuer Hauptsatzungsentwurf

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2011/169

freigegeben am 07.10.2011

Stab

Sachbearbeiter/in: Inge Ihmels

Datum: 07.10.2011

Erhebung von Marktstandgeldern für die öffentliche Einrichtung "Wochenmarkt"

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	21.11.2011	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	06.12.2011	Verwaltungsausschuss
Ö	06.12.2011	Rat

Beschlussvorschlag:

Der Gebührensatz wird für das Jahr 2012 nicht verändert. Er beträgt ab 2012 weiterhin 1,60 Euro pro laufende Meter.

Sach- und Rechtslage:

Die Gemeinde Rastede betreibt eine öffentliche Einrichtung „Wochenmarkt“. Für die Teilnahme am Wochenmarkt werden auf der Grundlage einer Satzung Gebühren festgesetzt.

Ab 2012 ist eine neue Gebühr zu kalkulieren. Die Jahresabschlüsse 2009 und 2010 liegen noch nicht vor, daher kann eine endgültige Kostenrechnung für diese Jahre noch nicht vorgelegt werden.

Berechnungsgrundlage für die Festsetzung der Gebühr sind deshalb die Nachkalkulationen für 2009 bis 2011 auf der Basis von Ist-Zahlen, soweit sie vorhanden sind. Lediglich die Positionen „Regiekosten“ und die Abschreibungen für die „Öffentliche Toilette“ stehen endgültig noch nicht fest.

Die Aufwendungen und Erträge der Jahre 2009 bis 2011 stellen sich wie folgt dar.

Entwicklung der Aufwendungen für die Abhaltung des Wochenmarktes im Einzelnen:

	Nachkalkulation - IST Betrag 2009	Nachkalkulation – IST Betrag 2010	Nachkalkulation 2011
Frischwasser	1,80 €	1,80 €	1,80 €
Stromkosten	1.206,50 €	1.291,37 €	1.300,00 €
Abfallbeseitigung	3.750,00 €	3.750,00 €	3.750,00 €
Kosten Verlegung Marktplatz	157,08 €	161,84 €	180,00 €
Bekanntmachungskosten	86,82 €	47,84 €	100,00 €
Regiekosten/ Umlage (Kalkulation)	9.706,15 €	9.958,40 €	10.894,68 €
Personalk. Verw./ direkte Buchung	4.812,86 €	4.859,65 €	5.100,00 €
Öffentliche Toilette (Kalkulation)	1.000,00 €	1.000,00 €	1.000,00 €
insgesamt:	20.721,21 €	21.070,90 €	22.326,48 €

Mit der Umstellung auf das neue Haushaltsrecht hat sich die Berechnung der Regiekosten grundlegend geändert. Die Planungskosten wurden ab 2009 für die Regieprodukte Gemeindeorgane, Gleichstellung, Finanzverwaltung, Personalangelegenheiten und Organisation nach verschiedenen aber festen Verteilungsschlüsseln auf alle anderen Produkte umgelegt, somit auch auf das Produkt „Wochenmarkt“.

Diese Kosten wurden nochmals für die Jahre 2009 bis 2011 nachkalkuliert. Tatsächliche Kosten liegen jedoch erst vor, wenn die „Ist-Verteilung“ der Regiekosten auf die Produkte vorgenommen wurde.

Das Produkt „Öffentliche Toiletten“ (WC Marktplatz, WC Denkmalsplatz und WC Rennplatz) hat auch anteilige Regiekosten und Abschreibungen zu übernehmen. Da die Abschreibungen und Regiekosten noch nicht im „Ist“ gebucht wurden, stehen tatsächliche Kosten für 2009 und 2010 noch nicht zur Verfügung. Somit kann der Anteil, der nur die Toilette Marktplatz betrifft, noch nicht genau errechnet werden. Es wurde vorerst ein Betrag in Höhe von 1.000 € ab der Nachkalkulation 2009 zugrunde gelegt.

Entwicklung der Erträge für die Abhaltung des Wochenmarktes im Einzelnen:

	Ergebnis 2009	Ergebnis 2010	Nachkalkulation 2011
Benutzungsgebühren	16.081,20	16.448,00	16.300,00
Erstattung von Verwaltungsausgaben	2.185,40	2.339,12	2.300,00
insgesamt:	18.266,60	18.787,12	18.600,00

Bei den Gebühreneinnahmen und bei der Erstattung von Verwaltungsausgaben der Jahre 2009 und 2010 in Höhe von insgesamt 18.266,60 € und 18.787,12 € handelt es sich um tatsächliche Erträge. Im Jahre 2010 sind die Erträge um 520,52 € gestiegen.

Grund für die Mehreinnahmen ist die höhere Auslastung des Marktplatzes durch weitere Marktstände. Sind mehr Marktstände vorhanden, dann wird auch mehr Strom verbraucht. Folglich haben sich auch die Erstattungen von Verwaltungsausgaben erhöht. In der Nachkalkulation für 2011 wurde mit Gesamteinnahmen in Höhe von 18.600 € kalkuliert.

Entwicklung der Aufwendungen abzüglich der Erträge für die Kostenrechnung „Wochenmarkt“

<u>Nachkalkulation</u> 2009	Gesamtkosten	Regiekosten (nachrichtlich)	abzüglich öffentl. Interesse	vorläufiges Jahresergebnis	Fortschreibung vorl. Ergebnis
	Kalkulation	46,84 %	20%	80%	
Kosten	20.721,21 €	9.706,15 €	4.144,24 €	16.576,97 €	
Einnahmen	18.266,60 €	0,00 €	0,00 €	18.266,60 €	
	-2.454,61 €	9.706,15 €	4.144,24 €	1.689,63 €	1.689,63 €

Bemerkung:

In der Nachkalkulation 2009 wurde ein Überschuss in Höhe von 1.689,63 € errechnet.
Die Berechnung der Regiekosten ab 2009 wurde auf eine neue Berechnungsgrundlage gestellt.

<u>Nachkalkulation</u> 2010	Gesamtkosten	Regiekosten (nachrichtlich)	abzüglich Öffentl. Interesse	vorläufiges Jahresergebnis	Fortschreibung vorl. Ergebnis
	Kalkulation	47,26 %	20%	80%	
Kosten	21.070,90 €	9.958,40 €	4.214,18 €	16.856,72 €	
Einnahmen	18.787,12 €	0,00 €	0,00 €	18.787,12 €	
	-2.283,78 €	9.958,40 €	4.214,18 €	1.930,40 €	3.620,03 €

Bemerkung:

Abzüglich der 20%-igen öffentlichen Interessenquote ergibt sich noch ein kalkulierter Überschuss in Höhe von 1.930,40 €. Zuzüglich des Überschusses aus dem Jahre 2009 ergibt sich ein rechnerischer Gesamtüberschuss in Höhe von 3.620,03 €.

<u>Nachkalkulation</u> 2011	Gesamtkosten	Regiekosten (nachrichtlich)	abzüglich Öffentl. Interesse	vorläufiges- Jahresergebnis	Fortschreibung vorl. Ergebnis
	Kalkulation	48,80 %	20%	80%	
Kosten	22.326,48 €	10.894,68 €	4.465,30 €	17.861,18 €	
Einnahmen	18.600,00 €	0,00 €	0,00 €	18.600,00 €	
	-3.726,48 €	10.894,68 €	4.465,30 €	738,82 €	4.358,84 €

Bemerkung:

Abzüglich der 20%-igen öffentlichen Interessenquote ergibt sich für 2011 ein kalkulierter Überschuss in Höhe von 738,82 €. Zuzüglich des Überschusses aus den Vorjahren 2009 und 2010 ergibt sich ein rechnerisch ermittelter Gesamtüberschuss in Höhe von 4.358,84 €.

In der Nachkalkulation für 2009 wurde unter Berücksichtigung der 20 %-igen öffentlichen Interessenquote ein Überschuss in Höhe von 1.689,63 €, für 2010 in Höhe von 1.930,40 und für 2011 in Höhe von 738,82 € errechnet. Somit ergibt sich bis Ende 2011 ein rechnerisch ermittelter Gesamtüberschuss in Höhe von 4.358,84 €.

Gebührenfestsetzung 2012

Da für die Gebührenfestsetzung 2012 die Nachkalkulationen 2009 bis 2011 Grundlage für die Gebührenfestsetzung sind und noch keine endgültigen Ergebnisse vorliegen, sollte der Gebührensatz für 2012 nicht verändert werden.

Die Verwaltung schlägt daher vor, den Gebührensatz von bisher 1,60 € pro laufenden Meter und die festgesetzte öffentliche Interessenquote in Höhe von 20 % im Hinblick auf die Attraktivität des in der Bevölkerung beliebten Wochenmarktes für das Jahr 2012 nicht zu verändern.

Finanzielle Auswirkungen:

Siehe Sach- und Rechtslage.

Anlagen:

Keine.

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2011/170

freigegeben am 08.10.2011

Stab

Sachbearbeiter/in: Inge Ihmels

Datum: 08.10.2011

Festsetzung des Gebührensatzes für die öffentliche Einrichtung "Straßenreinigung"

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	21.11.2011	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	06.12.2011	Verwaltungsausschuss
Ö	06.12.2011	Rat

Beschlussvorschlag:

Die Gebührensatzsatzung der Gemeinde Rastede wird dahingehend geändert, dass für die kostenrechnende Einrichtung „Straßenreinigung“ folgender Gebührensatz ab 2012 festgelegt wird:

Der Gebührensatz für die öffentliche Einrichtung Straßenreinigung beträgt 22,50 Euro pro Einheit.

Sach- und Rechtslage:

Für die Jahre 2009 und 2010 kann noch kein endgültiges Ergebnis der Kostenrechnung Straßeneinigung vorgelegt werden, weil die Jahresabschlüsse 2009 und 2010 noch nicht vorliegen. Berechnungsgrundlage für die Festsetzung der Gebühr sind deshalb die Nachkalkulationen 2009 und 2010 auf der Basis von Ist-Zahlen, soweit sie vorhanden sind.

Die tatsächlichen Regiekosten stehen erst fest, wenn im Rahmen des Jahresabschlusses eine „Ist-Verteilung“ von den Regieprodukten zu den einzelnen Produkten - wie Straßenreinigung - vorgenommen wurde.

Um die Aufwendungen und Erträge der Jahre 2009 bis 2011 besser vergleichen zu können, wurden sie in der nachfolgenden Tabelle gegenübergestellt.

Die kalkulierten Ansätze für die Gebührenberechnung 2012 wurden auf der Grundlage des Haushaltsplanentwurfes 2012 berücksichtigt.

Kostenpositionen**Nachk. 2009 Nachk. 2010 Nachk. 2011 Planung 2012**

Reinigungskosten Fremdfirma	48.904,46 €	46.157,05 €	50.000,00 €	48.000,00 €
Straßeneinlaufschächte	2.856,74 €	5.713,49 €	5.713,49 €	5.713,49 €
Rad-/Gehweg-/punktuelle Reinigung Bauhof	0,00 €	0,00 €	1.500,00 €	2.500,00 €
Deponiekosten	1.994,14 €	2.000,00 €	45.000,00 €	45.000,00 €
Personalkosten	6.278,97 €	6.191,53 €	7.100,00 €	7.250,00 €
Regiekosten	9.317,90 €	9.560,06 €	11.100,00 €	12.000,00 €
Gesamtausgaben	69.352,21 €	69.622,13 €	120.413,49 €	120.463,49 €

Die Reinigungskosten der Fremdfirma sind im Jahre 2010 etwas geringer ausgefallen als im Jahre 2009. Dies ist dadurch begründet, dass Reinigungsleistungen nur teilweise in Anspruch genommen werden mussten.

Im Jahre 2009 wurden die Straßeneinlaufschächte tatsächlich nur einmal, im Jahr 2010 dagegen zweimal gereinigt. Es hat sich herausgestellt, dass es unerlässlich ist, zweimal im Jahr eine Reinigung der Straßeneinlaufschächte vorzunehmen. Aus diesem Grunde wurden in der Nachkalkulation 2011 und in der Kalkulation für 2012 die Kosten für zwei Reinigungsvorgänge zugrunde gelegt.

Bei der punktuellen Reinigung sowie der Rad- und Gehwegreinigung sind in 2009 und 2010 keine Kosten separat erfasst worden. Für die Folgejahre wurden Haushaltsmittel eingeplant, weil punktuelle Reinigungen sowie Rad- und Gehwegreinigung anfallen und diese zur Einrichtung Straßenreinigung gehören.

Die Deponiekosten sind ab dem Jahre 2010 erheblich gestiegen. Hierfür zeichnen, wie auch bereits an anderer Stelle im Rahmen der politischen Gremien erläutert, zwei Komponenten verantwortlich. Bislang konnte das Kehrgrut durchgesiebt und das Laub auf landwirtschaftlich genutzte Flächen ausgebracht werden. Die Kosten hierfür beliefen sich auf ca. 2.000 € jährlich.

Zwischenzeitlich wurde festgestellt, dass aufgrund der Kontamination des Straßenkehrichts eine Verwendung des Sand-/Erdanteils beispielsweise zur Befestigung der Straßenbermen nicht mehr zulässig ist und dass aufgrund der Änderung der sogenannten Düngemittelverordnung ein Aufbringen des Laubanteiles auf landwirtschaftliche Flächen durch landwirtschaftliche Betriebe nicht mehr gewünscht wird.

Im Jahre 2010 sind infolge dessen Kosten für die Komplettdéponierung in Höhe von insgesamt 23.485 € angefallen. Die 2010 wegen der Komplettdéponierung gestiegenen Deponiekosten durften in der Nachkalkulation 2010 allerdings nicht berücksichtigt werden, weil diese Kosten bei der Gebührensatzfestsetzung nicht absehbar und damit nicht kalkulierbar waren.

Auch einem Jahr 2010 eingeholtes Gutachten, welches im Hinblick auf die Steigerung der Kosten nochmals eingeholt worden war, hat nicht zu einer Veränderung der Beurteilung der Sach- und Rechtsgrundlage geführt. Sämtlicher Straßenkehricht ist danach zu entsorgen. Durch die häufigen und zudem weiten Entsorgungsfahrten für das Kehrgrut fallen hohe Transportkosten an. Außerdem ist für jede Anlieferung von Kehrgrut eine Gebühr für die Entsorgung zu entrichten. Diese Gesamtkosten (Fahrtkosten und Deponiekosten) wurden für das Jahr 2011 auf 16.000 € geschätzt, was sich allerdings im Nachhinein als unzutreffend erwiesen hat. Die Verwaltung war davon ausgegangen, dass eine Zwischenlagerung des Straßenkehrichts beispielsweise auf dem Gelände des Bauhofes möglich sein könnte.

Allerdings hat sich herausgestellt, dass die durch die Lagerung und die Verrottung des Materials auftretenden Sickersäfte bodenverunreinigenden Charakter haben, der nur durch kostenintensive Vorsorgeaufwendungen hätte verringert werden können, die in keinem Verhältnis zu den jährlichen Mehraufwendungen stehen.

2011 werden diese kalkulierten Kosten ca. 45.000 € betragen. Daher wurde auch in der Gebührenberechnung für 2012 mit diesem Ausgabevolumen gerechnet.

Grund für die Steigerung der Lohn- und Gehaltskosten der Verwaltung sind die Tarifvereinbarungen, die eine Anhebung der Personalkosten 2008 bis 2011 vorsehen. Ab 2012 wurde auch eine geringfügige Lohn- und Gehaltskostensteigerung eingeplant.

Mit Einführung der Doppik wurde die Regiekostenberechnung auf eine andere Berechnungsgrundlage gestellt. Bei den Beträgen in Höhe von 9.317,90 € und 9.560,06 € handelt es sich nur um für 2009 und 2010 nachkalkulierte Beträge, weil für 2009 und 2010 noch keine Abschreibungen gebucht worden sind. Solange die Abschreibungen nicht gebucht wurden, stehen die Produktkosten noch nicht fest und eine „Ist-Verteilung“ der Regiekosten auf die entsprechenden Produkte ist demzufolge noch nicht möglich.

Allgemeinkostenanteil

	Nachk. 2009	Nachk. 2010	Nachk. 2011	Gebühr 2012
Gesamtkosten	69.352,21 €	69.622,13 €	120.413,49 €	120.463,49 €
- ohne Anlieger (15 %)	10.402,83 €	10.443,32 €	18.062,02 €	18.069,52 €
- Allgemeininteresse (10 %)	6.935,22 €	6.962,21 €	12.041,35 €	12.046,35 €
gebührenrelevante Kosten	52.014,16 €	52.216,60 €	90.310,12 €	90.347,62 €

Der Abzug in Höhe von insgesamt 25 % der Gesamtkosten basiert auf der Rechtsprechung. An den Prozentsätzen in Höhe von 15 % (Kosten für die Reinigung der Öffentlichkeit zugänglichen Park- und Grünanlagen, sowie Straßenkreuzungen und –einmündungen, Verkehrsinseln usw.) und von 10 % (Straßenreinigung im Interesse des Durchgangsverkehrs) haben sich keine Änderungen ergeben.

Kalkulation der Gebühr 2012

Grundlage für die Ermittlung der Straßenreinigungsgebühr ist die Straßenreinigungsgebührensatzung, die eine Straßenfrontlänge von jeweils 35m als Einheit zum Inhalt hat. Der Gebührensatz für eine Gebühreneinheit beträgt z.Zt. 16,50 Euro.

	Nachkalk. 2009	Nachkalk. 2010	Nachkalk. 2011	Gebühr 2012
Gebührensatz	11,80 €	13,50 €	16,50 €	22,50 €
Gebührenaufkommen	47.405,48 €	54.292,37 €	66.259,05 €	90.353,25 €
Gebührenrelevante Kosten	52.014,16 €	52.216,60 €	90.310,12 €	90.347,62 €
Überschuss/Defizit:	-4.608,68 €	2.075,77 €	-24.051,07 €	5,63 €
Überschuss/Defizit des Vorjahres	13.582,55 €	8.973,87 €	11.049,64 €	-13.001,43 €
Fortschreibung Überschuss/Defizit	8.973,87 €	11.049,64 €	-13.001,43 €	-12.995,80 €

Unter Einbeziehung des vorgenannten rechnerisch nachkalkulierten Defizits zum 31.12.2011 betragen die gebührenrelevanten Kosten in der Gebührenberechnung 2012 insgesamt 103.349,04 €.

Um diese gebührenrelevanten Kosten zu decken, würde eine Gebühr von 25,74 € (Komplettabbau des Defizits) ausreichend sein. Ohne Berücksichtigung des kalkulierten Defizits betragen die gebührenrelevanten Kosten insgesamt 90.347,62 € und der Gebührensatz müsste 22,50 € betragen.

Da die Regiekosten ab 2009 in tatsächlicher Höhe noch nicht feststehen und ab 2011 die voraussichtlichen Deponiekosten schwer zu kalkulieren sind, wird von der Verwaltung vorgeschlagen, den Gebührensatz für die Straßenreinigungsgebühr für das Haushaltsjahr 2012 auf 22,50 € festzusetzen. Es wird sich erst nach Aufstellung der Ergebnisse der Jahre 2009 bis 2012 zeigen, wie ein Defizitabbau über die kommenden Jahre möglich sein wird.

Finanzielle Auswirkungen:

Siehe Sach- und Rechtslage.

Anlagen:

Keine.

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2011/172

freigegeben am 12.10.2011

Stab

Sachbearbeiter/in: Inge Ihmels

Datum: 12.10.2011

Festsetzung der Gebührensätze 2012 für die zentrale und dezentrale Einrichtung zur Beseitigung von Schmutzwasser

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	21.11.2011	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	06.12.2011	Verwaltungsausschuss
Ö	06.12.2011	Rat

Beschlussvorschlag:

Die Gebührensatzsatzung der Gemeinde Rastede wird dahingehend geändert, dass für die kostenrechnenden Einrichtungen „zentrale und dezentrale Abwasserbeseitigung“ fortgeschriebene Gebührensätze ab 2012 festgelegt werden:

1. Gebührensatz für die zentrale Einrichtung zur Beseitigung von Abwasser

Die Benutzungsgebühr beträgt je cbm Abwasser 2,55 €

2. Gebührensätze für die dezentrale Einrichtung Beseitigung von Abwasser

Die Benutzungsgebühr beträgt für die Abwasserbeseitigung

- | | |
|---|---------|
| a) aus Hauskläranlagen je cbm eingesammelten Abwassers
/ Fäkalschlamms | 63,00 € |
| b) aus abflusslosen Gruben je cbm eingesammelten Abwassers
/ Fäkalschlamms | 52,50 € |

Sach- und Rechtslage:

Als Berechnungsgrundlage für die Festsetzung der Gebühr 2012 stehen die Nachkalkulationen 2009 und 2010 zur Verfügung. Für diese Jahre wurden Ist-Zahlen zugrunde gelegt, soweit sie vorhanden sind. In der Nachkalkulation für 2011 wurden die Planzahlen nachkalkuliert. Die endgültigen Kostenrechnungen 2009 und 2010 können noch nicht vorgestellt werden, da erst im Oktober 2011 die erste Eröffnungsbilanz zum 01.01.2009 beschlossen wurde und somit die Ergebnisse der Jahresabschlüsse noch nicht vorliegen.

1. Zentrale Abwasserbeseitigung

In der nachfolgenden Tabelle wurden die Erträge, sachlicher Betriebsaufwand und die kalkulatorischen Kosten gegenüber gestellt:

Schmutzwasser in Euro

	2009 Nachkalkulation – teilweise Ist-Beträge	2010 Nachkalkulation – teilweise Ist-Beträge	2011 Nachkalkulation der Plankosten
Erträge	2.075.236,67	2.135.706,62	2.108.983,13
Sächl. Betriebsaufwand	868.086,75	898.261,54	1.037.599,72
Abschreibungen	641.310,87	637.192,00	627.101,00
Kalk. Zinsen	520.130,22	487.066,93	508.638,96
Aufwendungen	2.029.527,84	2.022.520,47	2.173.339,68
Saldo	+45.708,83	+113.186,15	-64.356,55

Bei den Nachkalkulationen 2009 und 2010 handelt es sich bis auf drei Positionen um tatsächlich entstandene Aufwendungen: Die Höhe der Aufwendungen der Positionen „Regiekosten“ (im sachlichen Betriebsaufwand enthalten), die „Abschreibungen“ und die „Kalkulatorischen Zinsen“ stehen noch nicht fest. Bei der Nachkalkulation für 2011 wurden die Planungskosten auf der Grundlage der Nachkalkulationen 2009 und 2010 überprüft.

Erträge

Die Abwassergebühr für die zentrale Abwasserbeseitigung wurde im Jahre 2009 von 2,60 € auf 2,55 € gesenkt, um den kumulierten Überschuss aus Vorjahren in Höhe von insgesamt 586.547,31 € zu verringern. Die Abwassermenge für das Jahr 2009 mit 821.136 cbm (2008 = 819.308 cbm) steht fest, für das Jahr 2010 liegt eine Mengen-Hochrechnung vom OOWV vor. Zuzüglich der durch die Gemeinde Rastede selbst abzurechnenden Abwassermenge beträgt die Gesamtabwassermenge ca. 823.000 cbm. Bei einer durchschnittlichen Abwassermenge in Höhe von 820.000 cbm multipliziert mit dem Gebührensatz von 2,55 € ergibt sich ein durchschnittliches Gebührenaufkommen von 2.091.000 €.

Unabhängig vom Gebührensatz schwanken die Gebühreneinnahmen von Jahr zu Jahr. Das liegt darin begründet, dass sich die Jahreseinnahmen aus Vorausleistungen und Nachforderungen bzw. Erstattungen für das Vorjahr zusammensetzen.

Sachlicher Betriebsaufwand

Es handelt sich bei dem sachlichen Betriebsaufwand der Jahre 2009 und 2010 - bis auf die Regiekosten - um Ist-Beträge. Mit der Umstellung auf das neue Haushaltsrecht hat sich die Berechnung der Regiekosten grundlegend geändert. Die Planungskosten wurden ab 2009 für die Regieprodukte Gemeindeorgane, Gleichstellung, Finanzverwaltung, Personalangelegenheiten und Organisation nach verschiedenen aber festen Verteilungsschlüsseln auf alle anderen Produkte umgelegt, somit auch auf das Produkt „zentrale Abwasserbeseitigung“. Diese Kosten wurden nochmals für die Jahre 2009 bis 2011 nachkalkuliert. Die berücksichtigten Regiekosten betragen pro Jahr:

2009	2010	2011
55.700,57 €	54.429,11 €	62.639,72 €

Tatsächliche Regiekosten liegen erst vor, wenn die „Ist-Verteilung“ dieser Kostenart auf die Produkte vorgenommen wurde. Diese so genannte „Ist-Verteilung“ auf die einzelnen Produkte kann erst vorgenommen werden, wenn alle Abschreibungen des einzelnen Jahres gebucht wurden.

Das Gesamtvolumen der sachlichen Betriebskosten hat sich von 2009 auf 2010 von 868.086,75 € um 30.174,79 € auf 898.261,54 € erhöht. Ob die im Haushalt geplanten Kosten in der Nachkalkulation für 2011 in Höhe von 1.037.599,72 € tatsächlich anfallen werden, bleibt abzuwarten.

Abschreibungen

Die Abschreibungen und die kalkulatorischen Kosten haben einen großen Anteil an den Aufwendungen der zentralen Abwasserbeseitigung für Schmutzwasser. Bis zum 01.01.2009 wurden alle Anlagegüter im Bereich Schmutzwasser für die Erstellung der ersten Eröffnungsbilanz übernommen. Für die Folgejahre stehen diese Arbeiten noch aus.

Die Abschreibungen wurden in den Nachkalkulationen ab 2009 auf der Grundlage der vorliegenden Erkenntnisse nachkalkuliert.

Kalkulatorische Zinsen

Anhand der Restbuchwerte einschließlich der finanzierten neuen Maßnahmen und unter Berücksichtigung des Abzugskapitals (Beitrags- und Zuschusszahlungen, die vom gesamten Restbuchwert abgezogen werden) wurden die kalkulatorischen Zinsen berechnet; im Übrigen gelten die Ausführungen zu den Abschreibungen entsprechend.

Gebührensatz

Obwohl der Gebührensatz ab 2009 um 5 Cent gesenkt wurde, weist die Nachkalkulation 2009 und 2010 einen Überschuss in Höhe von 45.708,83 und 113.186,15 € aus. In der Nachkalkulation für 2011 wird allerdings ein Defizit in Höhe von 64.356,55 € nachgewiesen. Erst die endgültigen Ergebnisse der Jahre 2009 bis 2010 werden zeigen, ob der Gebührensatz in Höhe von 2,55 € pro cbm ausreicht, den fortgeschriebenen Gesamtüberschuss abzubauen.

Entwicklung des Überschusses/Defizits

Jahr	Fortschreibung	jährliche Entwicklung
bis 31.12.08	586.547,31	173.695,50
bis 31.12.09	632.256,14	45.708,83
bis 31.12.10	745.442,29	113.186,15
bis 31.12.11	681.085,74	-64.356,55

Die Verwaltung schlägt vor, die tatsächlichen Ergebnisse 2009 bis 2011 abzuwarten und den Gebührensatz in Höhe von 2,55 € für das Haushaltsjahr 2012 nicht zu ändern.

2. Dezentrale Abwasserbeseitigung

Abfuhrmengen

In der nachfolgenden Tabelle sind die Abfuhrmengen bis zum Jahre 2011 aufgeführt. Bis zum Jahre 2010 handelt es sich um tatsächliche Abfuhrmengen. Die jährliche Abfuhrmenge wird auch weiterhin schwanken, da nur dann eine Abfuhr aus den Hauskläranlagen veranlasst wird, wenn die Wartungsfirma laut Wartungsprotokoll eine Abfuhr des Klärschlammes für notwendig hält (bedarfsgerechte Abfuhr). Für 2011 wurde mit einer Abfuhrmenge in Höhe von 600 cbm gerechnet. Theoretisch wäre als Kalkulationsmenge auch die rechnerische Mittlung der jährlichen Mengen möglich, das aber würde die jährlich nach oben und unten wechselnden Mengen nicht berücksichtigen.

2007	2008	2009	2010	2011
693	753	503	758	600

Aufwendungen und Erträge:

Dezentrale Abwasserbeseitigung	2009 Nachkalkulation – teilweise Ist-Beträge	2010 Nachkalkulation – teilweise Ist-Beträge	2011 Nachkalkulation der Plankosten
Erträge	26.983,25 €	40.944,75 €	36.540,00 €
Aufwendungen	26.480,89 €	35.822,04 €	35.678,59 €
Saldo	+502,36 €	+5.122,71 €,	+861,41 €

Bedingt durch die geringere Abfuhrmenge sind die Erträge und Aufwendungen im Jahre 2009 niedriger als im Jahre 2010. Bei den Erträgen der Jahre 2009 und 2010 handelt es sich um tatsächliche Beträge. Die Aufwendungen können sich dagegen noch geringfügig ändern, weil für die Berechnung der Reinigung des Klärschlammes im Klärwerk die „Kosten des Klärwerkes im dezentralen Abwasserbereich“ noch nicht endgültig feststehen.

Bei der Nachkalkulation 2011 ein vergleichbares Ausgabenvolumen zugrunde gelegt wie im Jahre 2010. Dem gegenüber stehen Gebühreneinnahmen in Höhe von 36.540 €. Die Gebühreneinnahmen fallen geringer aus als im Jahre 2010, weil für 2011 mit einer geringeren Abfuhrmenge kalkuliert wurde.

Regiekosten wurden bislang bei der Berechnung der Gebührensätze nicht mit einberechnet. Das liegt daran, dass der Bereich Abwasser bisher in der Gesamtheit betrachtet und die Regiekosten lediglich bei der zentralen Einrichtung berücksichtigt wurden. Das ist für die Zukunft zu verändern.

Entwicklung des Defizits/Überschuss bis zum 31.12.2011:

2006	2007	2008	2009	2010	2011
-19.629,88	-13.120,13	-5.067,94	-4.565,58	+557,13	+1.418,54

Rein rechnerisch entwickelt sich das Defizit in den Nachkalkulationen 2009 bis zum 31.12.2011 zu einem Überschuss in Höhe von 1.418,54 €.

Aufstellung der Gebühren, zukünftige Berücksichtigung von Regiekosten

Die Regiekosten werden ab dem Jahre 2012 sukzessiv Berücksichtigung finden. Für 2011 wurden Regiekosten in Höhe von 13.072,20 € kalkuliert. Es wird davon ausgegangen, dass auch für die Gebührenrechnung 2012 dieser Betrag zugrunde gelegt werden kann.

denkbare Einführungsquoten in Prozent	Belastung in 2011
100%	13.072,20 €
Jedes Jahr plus 20%	2.614,44 €
Jedes Jahr plus 25%	3.268,05 €
Jedes Jahr plus 30%	3.921,66 €

Es ist vorgesehen, Regiekosten ab 2012 jährlich mit jeweils zusätzlich 20 Prozent zu berücksichtigen, bis einhundert Prozent erreicht sind. Dies erlaubt die sachgerechte Anpassung an die tatsächliche Gebühr unter Berücksichtigung sonstiger Kostenentwicklungen.

Die Verwaltung schlägt aus diesen Gründen vor, die Gebührensätze der dezentralen Abwasserbeseitigung ab 2012 wie im letzten Jahr zu beschließen:

- 63,00 € pro cbm für Hauskläranlagen und
- 52,50 € pro cbm für abflusslose Gruben

Finanzielle Auswirkungen:

Siehe Sach- und Rechtslage.

Anlagen:

Keine.

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2011/173

freigegeben am 12.10.2011

Stab

Sachbearbeiter/in: Inge Ihmels

Datum: 12.10.2011

Gebührensatzsatzung 2012 für die öffentlichen Einrichtungen Abwasserbeseitigung und Straßenreinigung

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	21.11.2011	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	06.12.2011	Verwaltungsausschuss
Ö	06.12.2011	Rat

Beschlussvorschlag:

Die als Anlage 1 zur Vorlage 2011/173 beigelegte Satzung über die Festsetzung der Gebührensätze 2012 für die öffentliche zentrale und dezentrale Einrichtung zur Beseitigung von Abwasser und über die Erhebung einer Straßenreinigungsgebühr in der Gemeinde Rastede wird beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Die Erläuterungen zu den Gebührensätzen sind den Vorlagen 2011/170 - Festsetzung des Gebührensatzes für die öffentliche Einrichtung „Straßenreinigung“ und 2011/172 - Festsetzung der Gebührensätze 2012 für die zentrale und dezentrale Einrichtung zur Beseitigung von Schmutzwasser zu entnehmen.

Finanzielle Auswirkungen:

Entfällt.

Anlagen:

Anlage 1: Gebührensatzsatzung 2012

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2011/213

freigegeben am 23.11.2011

Stab

Sachbearbeiter/in: Herr Günther Henkel

Datum: 23.11.2011

Neuabschluss Konzessionsvertrag; Entwicklung der Ziele

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
N	06.12.2011	Verwaltungsausschuss
Ö	06.12.2011	Rat

Beschlussvorschlag:

A) Für den Fall einer weiteren Zusammenarbeit mit der Gemeinde Wiefelstede wird

1. der dieser Vorlage als Anlage 1 beigelegte Errichtungsvertrag zur Gründung einer Anstalt öffentlichen Rechts sowie
2. der Satzungsentwurf gemäß Anlage 2 zu dieser Vorlage

beschlossen unter Berücksichtigung der bisherigen Arbeitsergebnisse der Anstalt öffentlichen Rechts in Gründung (AöR) bezüglich des Ausschreibungsverbandes Ammerland sowie der entsprechenden Beschlüsse der politischen Gremien mit dem Ziel der Herbeiführung eines

1. Beteiligungsmodells und
2. mit dem Ziel des Abschlusses eines Konzessionsvertrages mindestens für das Teilnetz Strom, optional Gas.

Die bislang neben dem Bürgermeister in den Verwaltungsrat der AöR berufene Frau Susanne Lamers wird in der vorgesehenen Position bestätigt.

Soweit bis zum 20.12.2011 keine Entscheidung der Gemeinde Wiefelstede bezüglich der Teilnahme an der AöR getroffen worden ist, wird die Gemeinde Rastede allein das Interessenbekundungsverfahren mit der beschlossenen Zielsetzung aufnehmen.

B) Unabhängig von einer Beteiligung der Gemeinde Wiefelstede an einer AöR werden bestätigt

1. die Durchführung eines Ausschreibungsverfahrens wie in der Anlage 3 skizziert unter Beachtung der dort aufgeführten Ziele,
2. die Entkopplung des Haupt- und des Nebenangebotes in Bezug auf Konzession und Beteiligung,
3. das Vorgeben von Muster-Konzessionsverträgen gem. Anlagen 4 - 9.

Sach- und Rechtslage:

1. Der bisherige Sachverhalt ergibt sich aus den Vorlagen 2009/193, 2010/024, 2010/113, 2010/116, 2010/181, 2010/181A, 2010/206, 2010/206A, 2011/020, 2011/075, 2011/109, 2011/109A, 2011/109B, 2011/110, 2011/167.
2. Auf der Grundlage der zuletzt gefassten Beschlüsse hat am 17.10.2011 ein abschließendes Gespräch mit den noch verbleibenden Gemeinden Apen, Edewecht, Wiefelstede und Rastede stattgefunden, in dem noch einmal die Positionen hinsichtlich der Gründung einer AöR für Teilbereiche des Kreisgebiets erörtert worden sind. Dabei hat sich ergeben, dass die Gemeinden Apen und Edewecht aufgrund aufgezeigter finanzieller Rahmenbedingungen nicht in der AöR weiter kooperieren werden. Vielmehr werden sich jetzt voraussichtlich die Gemeinden Edewecht, Apen, Bad Zwischenahn und Westerstede in einem Ausschreibungsverband zusammenschließen, der ausschließlich auf den Abschluss eines Konzessionsvertrages ausgerichtet sein wird.

Die Gemeinde Wiefelstede hat zwischenzeitlich erklärt, dass sie auch weiterhin am Ausschreibungsverband mit der Gemeinde Rastede festhalten wolle, wobei Rastede unmissverständlich deutlich gemacht hat, dass im Hinblick auf die bislang verstrichene Zeit bei gleichzeitig konkret fehlenden Ergebnissen die Interessenslage Rastedes besonders zu berücksichtigen ist.

Insofern scheint es zwar eine Kongruenz in Bezug auf das Beteiligungsmodell und des Vergabeverfahrens für die Konzessionsverträge zu geben; ob inwieweit weitere Geschäftsfelder - zunächst nur im Rahmen des Satzungsentwurfes der AöR angedeutet - ausgedehnt werden kann, bleibt abzuwarten. Insoweit zielt die Beschlusslage darauf ab, Wiefelstede als gewollten Partner zwar einbinden zu können, aber nicht in jedem Falle einbinden zu müssen.

Wenn und soweit bis zum 20.12.2011 keine verbindlichen Ergebnisse vorliegen, wird das Verfahren ausschließlich in Bezug auf die Gemeinde Rastede durchgeführt werden.

3. Die im Satzungsentwurf für die AöR insoweit für eine Zusammenarbeit festgelegten Regeln und Absichten gelten entsprechend fort, wie es der Beschlusslage der politischen Gremien bis zum Sommer 2011 entspricht. Der Satzungsentwurf unterscheidet sich selbstverständlich dadurch, dass die Anzahl der Teilnehmer reduziert ist und dass die mögliche Erweiterung der Geschäftsfelder angesprochen wird.

Für den Fall der Gründung der AöR soll neben dem Bürgermeister ein weiteres Mitglied für den sogenannten Verwaltungsrat benannt werden. In der bisherigen Entscheidungsfindung des Rates wurde hierfür Frau Susanne Lamers gewählt. Eine tatsächliche Ausführung des Amtes hat es jedoch nie gegeben, da die AöR bekanntlich nicht errichtet wurde. Aufgrund der bisherigen Arbeit und der damit verbundenen Kenntnisse der Sachlage wird vorgeschlagen, eine Bestätigung der bisherigen Wahl zu treffen.

4. Die Festlegung der Wertungskriterien für die Durchführung des Verfahrens bleibt auch unter Berücksichtigung der Überlegungen zur Erweiterung des Geschäftsfeldes unangetastet in Bezug auf die Beschlussfassung des Rates vom 13.12.2010 - vgl. Vorlage 2010/181A.

Dieser Vorschlag begründet sich auf folgende Überlegung: Von Anfang an war es die Zielsetzung der Gemeinde gewesen, im Rahmen der Vergabe der Konzessionsverträge für Strom und Gas eine Verbesserung zu erzielen

- a) in Bezug auf die Regelungen des Konzessionsvertrages,
- b) in finanzieller Hinsicht in Bezug auf ein Beteiligungsmodell und
- c) bezüglich der Mitsprache bei der Gestaltung der Energienetze und des Netzumfeldes.

Unabhängig von den zuletzt genannten Vorstellungen, gegebenenfalls sogar der Erweiterung um die Einbeziehung weiterer Geschäftsfelder, muss es primäre Aufgabenstellung der Gemeinde sein, die Aufgabe der Konzessionsvergabe zu lösen.

Die Verwaltung hat wiederholt darauf hingewiesen, dass durch eine Vielzahl von Verfahren zur Vergabe der Konzessionen die rechtsrelevanten Vorab einschätzungen insbesondere der Bundesnetzagentur und des Bundeskartellamtes weiter entwickelt worden sind. Ein hierzu verfasster Leitfaden aus dem Jahre 2010 ist der Vorlage als Anlage 10 beigelegt. Darüber hinaus hat sich eine Reihe von Landeskartellbehörden geäußert, wobei die Meinungen durchaus unterschiedlich sind und sich bislang eine eindeutige Rechtsmeinung zu keinem strittigen Verfahrenspunkt ergeben hat. Auch Rechtssprechung zu diesem Thema liegt bislang nur in sehr wenigen Teilbereichen vor.

Dieser Überlegung folgend wird deshalb die Vergabe der Konzessionsverträge als Pflichtbestandteil und damit auch das „Leitverfahren“ angesehen. Würde nämlich das Beteiligungsmodell in den Vordergrund gestellt werden, müsste nach den derzeitigen Festlegungen zunächst das Beteiligungsmodell ausgeschrieben und auch vergeben werden, bevor es zu einer Ausschreibung und Vergabe des(r) Konzessionsvertrages(-verträge) kommen kann. Dies würde im ungünstigsten Fall aber dazu führen können, dass Beteiligungspartner einerseits und Konzessionsnehmer andererseits auseinanderfallen können verbunden mit dem Ergebnis, dass die Gemeinde Rastede dann zwangsläufig in Beteiligungsmodellen wirken müsste, ohne über das Grundelement der Netze überhaupt zu verfügen. Dies wäre zwar möglich, war bislang aber nicht Gegenstand der Überlegungen.

Dies bedeutet in der Konsequenz:

- Die Konzessionsverträge werden als Hauptangebot nachgefragt;
- Die Beteiligungslösung wird nur als ein mögliches Nebenangebot abgefragt;
- Es besteht keine Verpflichtung für den Anbieter, eine Beteiligungslösung überhaupt anzubieten.

Es kann deshalb auch passieren, dass am Ende dieses Verfahrens „nur“ der Abschluss eines reinen Konzessionsvertrages steht. Dieser Konzessionsvertrag wird allerdings immer die Mindestanforderungen der Kommune absichern. Als Beispiel wären hier insbesondere die höchstzulässige Konzessionsabgabe und der höchstmögliche Gemeinderabatt zu nennen. Außerdem wären die Vertragsmuster von vorneherein kommunalfreundlich ausgestaltet.

Für den Konzessionsvertrag dürfen nur netzbezogene Auswahlkriterien verwendet werden. § 1 des Energiewirtschaftsgesetzes legt fest, dass Zweck des Energiewirtschaftsrechts eine möglichst sichere, preisgünstige, verbraucherfreundliche, effiziente und umweltverträgliche leitungsgebundene Versorgung der Allgemeinheit mit Elektrizität und Gas ist.

Vor diesem Hintergrund wären folgende Zuschlagskriterien sozusagen der bisherigen Wertungsreihenfolge, die mit Beschluss des Rates vom 13.12.2010 festgelegt wurde, vorgeschaltet:

- a) Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung
- b) Qualität der Leistungserbringung
- c) Zukunftsfähiges Standortkonzept und Bürgerfreundlichkeit.

Dieselben Zuschlagskriterien müssen auch zur Bewertung der Nebenangebote herangezogen werden. Die Bewertungskriterien wurden so angepasst, dass sie den neuen Anforderungen des Bundeskartellamtes Rechnung tragen.

Der Vorteil dieses Verfahrens ist, dass ein einheitliches Verfahren zur Vergabe des Konzessionsvertrages unter Beteiligungslösung durchgeführt werden kann, während dies im anderen Fall auf zwei Verfahren aufzuteilen wäre. Eine gemeinsam gegründete Gesellschaft erhält, wenn die Beteiligungslösung das beste Angebot ist, mit Zustimmung der Gemeinde die Erfüllung des(r) Konzessionsvertrags(-verträge). Das wäre, wie zuvor angedeutet, im anderen Verfahren nicht automatisch der Fall.

Unabhängig von Konzessionsvergabe und Beteiligungsmöglichkeit kann sich die Gemeinde von Bietern anbieten lassen, dass diese nach Abschluss des Verfahrens auch offen dafür sind, weitere Geschäftsmodelle für eine Vertriebs- und/oder Erzeugungstätigkeit in der gemeinsamen Gesellschaft zu verwirklichen.

Konkrete Angebote zum Aufbau eines Vertriebs oder zur Erzeugung dürfen aber jetzt nicht nachgefragt oder gar gewertet werden. Dies ist aus Sicht der Verwaltung auch deshalb unschädlich, weil gerade die letztgenannten Bereiche nicht primäre Zielsetzung der Gemeinde gewesen sind. Dies bedeutet allerdings auch, dass die finanziellen Chancen voraussichtlich nicht besser sein werden, als dies bei anderen Varianten der Fall wäre.

5. Mit einer Bekanntmachung zum Ausschreibungsverfahren wird zunächst ein Teilnahmewettbewerb durchgeführt. Eine weitere Reduzierung der Teilnehmer in der sogenannten Dialogphase zur Verhandlung einer Beteiligungslösung wäre möglich und wird im Hinblick auf den organisatorischen Aufwand auch zu gegebener Zeit vorgeschlagen werden. In Bezug auf die Entkopplung von Haupt- und Nebenangebot wird folgendes Verfahren festgelegt:

Es wird zunächst ein Hauptangebot abgegeben auf der Basis eines Musterkonzessionsvertrages, jeweils für Strom und Gas mit denkbaren Alternativpositionen. Daneben kann als Nebenangebot 1 ein Musterkonzessionsvertrag jeweils für Strom und Gas mit Alternativpositionen und zusätzlichen Klauselvorschlägen und / oder einer Beteiligungslösung abgegeben werden.

Ein weiteres Nebenangebot 2 kann abgegeben werden ebenfalls auf der Basis der Musterkonzessionsverträge Strom und Gas unter der Bedingung, dass der Zuschlag für eine Beteiligungslösung erteilt wird.

Dabei wird eine Bepunktung von Nebenangebot 1 und 2 identisch sein. Das heißt, Bieter, die keine Beteiligungslösung anbieten, können gegebenenfalls mit einem hervorragenden Konzessionsvertrag und sonstigen Einflussnahmemöglichkeiten für die Kommune ebenfalls eine Chance auf den Abschluss eines reinen Konzessionsvertrages haben. Damit wird insbesondere der Rechtsauffassung des Bundeskartellamtes Rechnung getragen.

Die Bieter, die eine Beteiligungslösung anbieten, müssen auch einen guten, das heißt kommunalfreundlichen Konzessionsvertrag anbieten, um den Zuschlag erhalten zu können. Bei der Bepunktung muss darauf geachtet werden, dass es der Kommune neben der Beteiligung auch um einen guten Konzessionsvertrag geht.

Die Bieter, die ein Angebot für das Hauptangebot oder Nebenangebot abgeben, verpflichten sich zum Abschluss des Konzessionsvertrages, auch wenn die Beteiligungslösung - sofern angeboten - nicht angenommen wird.

Dem gegenüber gibt der Bieter für den Abschluss eines Konzessionsvertrages zum Nebenangebot 2 nur unter der Bedingung ab, dass er den Zuschlag auch für die Beteiligungslösung erhält. Ist der Bieter zum Nebenangebot 2 zwar Bestbieter des Konzessionsvertrages, wird aber seine Beteiligungslösung nicht als gleichwertig zum Hauptangebot gewertet, oder ergibt die Verhandlung, dass das Angebot nicht wirtschaftlich ist, so fällt das Nebenangebot 2 des Bieters insgesamt - und somit auch der Konzessionsvertrag - weg.

6. In Bezug auf den Zeitablauf ist vorgesehen, das Interessenbekundungsverfahren jetzt voraussichtlich am 01.02.2012 zu starten. Dieser Zeitraum ist einerseits dafür vorgesehen, dass notwendige Anzeigeverfahren bei einer möglichen Gründung der AöR beim Landkreis Ammerland durchführen zu können und wird im Übrigen für die Vorbereitung der Angebotsunterlagen genutzt.

Bereits jetzt ist darauf hinzuweisen, dass mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit aufgrund des verstrichenen Zeitraums ein Abschluss eines Vertrags nicht mehr in 2012 zu erwarten steht und damit die Nachlauffrist des Energiewirtschaftsrechtes zum Tragen kommt. Für die Gemeinde ergeben sich daraufhin zunächst keine Auswirkungen, da nach den Regularien des Energiewirtschaftsrechtes auch in dem sogenannten Nachlaufjahr die volle Konzessionsabgabe zu zahlen ist.

Finanzielle Auswirkungen:

Die Kosten des Gesamtverfahrens können sich je nach Ausgestaltung und Verhandlungsumfang auf bis zu 80.000 € belaufen, die unter Berücksichtigung nicht verausgabter Haushaltsreste aus dem Jahr 2011 auch in 2012 im Haushaltsplan zur Verfügung stehen.

Die Aufwendungen für die mögliche Stammeinlage waren bereits in 2011 vorgesehen und werden als Haushaltsrest insoweit übernommen in das Jahr 2012.

Eine mögliche Beteiligungseinlage wird frühestens mit Abschluss des Verfahrens, voraussichtlich erst in 2013, zur Verfügung stehen müssen.

Anlagen:

1. Errichtungsvertrag
2. Satzungsentwurf
3. Übersicht zum voraussichtlichen Verfahren
4. - 9. Muster-Konzessionsverträge
10. Leitfaden des Bundeskartellamtes und der Bundesnetzagentur